

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 16 (1924)

Heft: 10

Rubrik: Aus der sozialdemokratischen Partei

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

letzter Zeit bei allen Konflikten spielt, doch nun hinlänglich bekannt.

Von Mitte Juli bis Anfang September standen beim Baugeschäft *Hasler in Seebach bei Zürich* die Parkettleger im Streik. Die Firma hielt die tariflich geregelten Arbeitsbedingungen nicht inne. Es wurde den Arbeitern zugemutet, einen Vertrag zu unterschreiben, der um 30 Prozent schlechter war als der bestehende Tarif. Dank der Solidarität der Arbeiterschaft konnte der Konflikt mit einem vollen Erfolg beendet werden. Die wesentlichen Punkte der abgeschlossenen Vereinbarung sind die folgenden:

Der Landestarif der Parkettleger wird restlos anerkannt. Für Wartezeit zum Zahlag wird an die fünf vor dem Konflikt beschäftigten Leger ein einmaliger Betrag von Fr. 255.— bezahlt. Die Lohnzahlung hat wöchentlich zu erfolgen; alle vorher beschäftigten Leger sind wieder einzustellen und Neueinstellungen dürfen nur im Einverständnis mit den am Bau beschäftigten Legern erfolgen.

Bekleidungs- und Lederarbeiter. Der *Landesstreik der Massschneider* geht in die 19. Woche. Seit 19 Wochen harren die beteiligten Arbeiter in fester Solidarität im Kampfe aus, gestützt von der Solidarität der schweizerischen und ausländischen Arbeiterschaft gegen die Starrköpfigkeit des Unternehmertums. Eine wesentliche Aenderung in der Lage ist seit dem Erscheinen der letzten Nummer der «Rundschau» nicht eingetreten; in Bern war es immerhin möglich, mit einigen Firmen, die dem Meisterverband nicht angehören, einen Vertrag abzuschliessen und so die Position der Streikenden zu stützen. Auf der andern Seite versuchen die Unternehmer durch den Import ausländischer Streikbrecher, die Front der streikenden Massschneider zu durchbrechen; die Behörden sind ja bekanntlich in derartigen Fällen nicht sonderlich von Hemmungen beschwert.

Metall- und Uhrenarbeiter. Ein Konflikt, der die Aufmerksamkeit der ganzen Oeffentlichkeit wach hält, ist in der *Neumühle (Firma Escher, Wyss & Co.) in Zürich* ausgebrochen. Die Kesselschmiede und die Handlanger dieser Unternehmung, zwei Gruppen, die zirka 650 Mann umfassen, hatten vor mehreren Wochen eine Lohnbewegung eingeleitet. Von seiten der Direktion war das Eintreten auf eine Lohnforderung rundweg abgelehnt worden. Die beiden Gruppen beschlossen in einer Betriebsversammlung vom 18. August, auf 30. August die Kollektivkündigung einzureichen; diese Massnahme wurde auch tatsächlich von 467 Mann unterschrieben ausgeführt. In einer weiteren Versammlung vom 29. August wurde beschlossen, die Kündigung aufrechtzuerhalten, nachdem die Firma jedes Entgegenkommen abgelehnt hatte. Die übrige Arbeiterschaft der Unternehmung erklärte sich mit den beiden Gruppen solidarisch. Die Firma ihrerseits kündigte mit Datum vom 20. August ihrer gesamten Arbeiterschaft (1800 bis 2000 Mann). Auch bei in letzter Stunde unternommenen Versuchen, durch Unterhandlungen mit der Firma auf friedlichem Wege zu einer Verständigung zu gelangen, wobei die Arbeiter ihre Forderungen um die Hälfte reduzierten, scheiterte der Verständigungswille an der schroffen Haltung der Unternehmer.

Welche Beurteilung der Konflikt in der Oeffentlichkeit erfährt, zeigen auch die Verhandlungen im Grossen Stadtrat Zürich, wo eine geschlossene Arbeitnehmerfront einen Antrag zur Annahme brachte, es seien die ausgesperrten Arbeiter aus städtischen Mitteln zu unterstützen. Bedauerlich ist, dass viele Arbeiter der Neumühle den Weg zur Organisation noch immer nicht gefunden haben, trotzdem der Beschäftigungsgrad des Unternehmens auch während Krisenzeiten ein guter war; mit Recht hat der Gewerkschaftskongress alle diese Arbeiter zur Solidarität gemahnt. Die Kampfleitung ruht in den Händen der dissidenten Metallarbeitervereini-

gung. Ob die vom Grossen Stadtrat beschlossene Unterstützung der Ausgesperrten tatsächlich erfolgt, ist vorläufig noch nicht abgeklärt, da die Unternehmer und ihre politischen Freunde den Beschluss mit allen Mitteln zu hintertreiben versuchen. So bleibt vorläufig die weitere Entwicklung des Konfliktes abzuwarten.

Arbeiterunion Bern. Nach dem soeben erschienenen Jahresbericht der Arbeiterunion Bern pro 1923 umfasste diese bei Jahresschluss 14,237 Mitglieder gegenüber 15,844 Mitgliedern im Vorjahre. Der Rückgang ist aber nicht auf einen effektiven Mitgliederverlust zurückzuführen, sondern darauf, dass bei einigen wichtigen Sektionen die nicht in Bern wohnhaften Mitglieder nicht mehr versteuert und somit in der Mitgliederstatistik aufgeführt werden. Von den angeschlossenen 39 Sektionen sind 28 Gewerkschaften und 11 politische Vereine.

Der Bericht orientiert über die Tätigkeit der verschiedenen Organe der Union, Unionskomitee, sozialdemokratische Partei, gewerkschaftliche Abteilung, Arbeitersekretariat und Rechtsauskunft, Bildungswesen, politische und wirtschaftliche Aktionen und Kassenwesen und bietet ein lebendiges Bild von der bernischen Arbeiterbewegung.

Arbeitersekretariat St. Gallen. Ein 16 Seiten starker Bericht des Arbeitersekretariats St. Gallen legt über die Tätigkeit dieser Institution auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet Rechenschaft ab. Die Wirtschaftskrise hat die Industrie der Stadt und des Kantons St. Gallen stark mitgenommen; grosse Arbeit war namentlich auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge zu leisten. Es wurden im Jahre 1923 an insgesamt 1869 Personen 2870 Auskünfte erteilt. Von den Auskunftsuchenden waren 960 organisiert und 909 unorganisiert. Die Summe der durch die Tätigkeit des Sekretariats vermittelten Gelder betrug 12,856 Fr. Ausserdem erteilte das Sekretariat der Metallarbeiter an 945, das Sekretariat der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter an 642 und das Sekretariat der Textilarbeiter an 521 Personen Auskünfte.



Aus der sozialdemokratischen Partei.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Ein 44 Seiten umfassender Geschäftsbericht gibt Aufschluss über die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1923. Mit dem Abflauen der Wirtschaftskrise ist auch der Mitgliederrückgang in den Parteisektionen zum Stillstand gekommen. Daneben hat auch die Stärkung der Linksparteien in England und Frankreich die Aussichten für die Entwicklung der Partei wieder wesentlich günstiger gestaltet.

Die laufenden Geschäfte der Partei wurden vom Sekretariat und von der Geschäftsleitung erledigt. Zur Behandlung wichtiger Fragen trat zweimal der Parteivorstand zusammen. Schliesslich fand im Berichtsjahre auch der ordentliche Parteitag statt, der neben den statutarischen Geschäften die Revision des Artikels 41 und die Alters- und Invalidenversicherung behandelte.

Ein weiterer Abschnitt ist der Parteibewegung gewidmet und berichtet über die Parteipresse, die Mitgliederbewegung usw. Die Partei verfügt gegenwärtig über 18 Parteiorgane, von denen 14 täglich, 2 wöchentlich dreimal, 1 wöchentlich einmal und 1 als Monatschrift («Rote Revue») erscheinen.

Der vierte Abschnitt ist der Tätigkeit der Partei auf dem Gebiet der schweizerischen Politik gewidmet, der fünfte befasst sich mit der internationalen Bewegung und den Beziehungen der Partei zu den ausländischen Organisationen. Die Jahresrechnung schliesst mit einem Einnahmenüberschuss von 8000 Fr. ab.

Interessant ist eine statistische Zusammenstellung über Sektionen und Mitgliederzahlen, Zahl der Parteivertreter in den Behörden usw. Obschon die Zusammenstellung unvollständig ist (139 Sektionen haben ihre Berichtsformulare nicht eingesandt) geben wir die wesentlichsten Zahlen hier wieder: Die 487 berichtenden Sektionen umfassten bei Jahresschluss 32,878 Mitglieder, von denen 1705 weibliche waren. Sie hatten zusammen eine Gesamteinnahme von 426,939 Fr. und eine Gesamtausgabensumme von 360,828 Fr. zu verzeichnen. Ihr Vermögen belief sich bei Jahresschluss auf 181,624 Fr. Es wurden im Jahre 1923 317,292 Beitragsmarken, 10,530 blaue Marken (für Arbeitslose usw.) und 3202 Mitgliedbücher ausgegeben. Die Partei besitzt in den kommunalen und kantonalen Behörden die folgenden Vertretungen: Gemeinderat 607, Grosser Gemeinderat 810, Schulbehörden 886, Steuerkommissionen 693, Armenbehörden 422, andere Gemeinde- oder Bezirksbehörden 861, kantonale Parlamente 405 Vertreter. Die 487 Parteisektionen liegen im Gebiet von 513,508 Stimmberechtigten, von denen 128,478 der Parole der Sozialdemokratischen Partei Folge leisten.

Der sozialdemokratische Parteitag. Im genossenschaftlichen Freidorf bei Basel fand am 5., 6. und 7. September der diesjährige Parteitag statt. Ausser den ordentlichen Traktanden hatte er sich mit dem neuen Arbeitsprogramm der Partei, mit dem Mieterschutz, der Getreideversorgung, der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und der neuen Truppenordnung zu befassen. Ein Traktandum, das schon länger die Parteiöffentlichkeit und die Presse beschäftigt hatte, war die Beteiligung am Bundesrat.

Der Parteitag nahm einen guten Verlauf. Wenn auch die Meinungen in einzelnen Punkten auseinandergehen mochten, so war die gesamte Diskussion getragen von der gemeinsamen Idee. Sie entbehrte völlig jenen gereizten Ton, der etwa frühere Parteitage nicht zu ihrem Vorteil auszeichnete.

Ein Schatten stieg auf, als bei der Behandlung des Geschäftsberichts der waadtländische Parteistreit zur Sprache kam. Man hatte aber sowohl auf seiten der Geschäftsleitung wie auf seiten der Waadtländer Genossen doch den Wunsch, diesen Zwist nicht vor das Parteiforum zu bringen, ehe die letzten Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind.

Es ist denn auch zu hoffen, dass es bald zu einer Verständigung kommt.

Das neue Arbeitsprogramm, das in Abschnitte über Entwicklung der Demokratie, Aussenpolitik und Internationale, Militarismus und Landesverteidigung, Wirtschaftspolitik und Genossenschaftsfragen, Finanz- und Steuerfragen, Verwaltungsfragen, Kultur- und Schulfragen, Sozialpolitik, Arbeiterschutz und Arbeiterrecht und Rechtspflege und Strafvollzug gegliedert ist, enthält alle Fragen, auf die sich die praktische Tätigkeit der Partei in Bund, Kanton und Gemeinde erstrecken soll. Bemerkenswert ist die weitgehende Uebereinstimmung mit dem gewerkschaftlichen Minimalprogramm. Das ist eine Gewähr für die praktische Zusammenarbeit des Gewerkschaftsbundes und der Partei in den Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik wie in den kulturellen Forderungen. Das Programm wurde vom Parteitag nach anregender Diskussion einstimmig angenommen.

Bemerkenswert ist der Vergleich zwischen dem alten und dem neuen Parteiprogramm. Er zeigt, dass eine Reihe von Postulaten, die das alte Programm enthielt, heute gegenstandslos sind, weil sie im Verlauf der letzten 20 Jahre verwirklicht werden konnten. Wir sehen darin den Beweis für die fruchtbare Arbeit, die im Interesse des arbeitenden Volkes von der sozialdemokratischen Partei geleistet wurde, und eine Garantie

dafür, dass die Partei ihr Bestes daran setzen wird, das neue Programm in die Tat umzusetzen.

Für diese Einstellung zeugen auch die Beschlüsse des Parteitages zu den aktuellen Tagesfragen: Mieterschutz, Getreideversorgung, neue Truppenordnung, Alters- und Hinterbliebenenversicherung, denen die Gewerkschaften restlos zustimmen können.

Die Frage der Beteiligung am Bundesrat liess eine lebhaft Auseinandersetzung erwarten, obschon es sich hier durchaus nicht um eine grundsätzliche, sondern um eine taktische Frage handelt.

Der Parteitag fand, dass diese Frage im gegenwärtigen Moment wenig aktuell und eine Absetzung von der Traktandenliste ohne irgendwelchen Schaden gegeben sei. Demgemäss wurde beschlossen, und es mag nun die Diskussion, soweit Zeit und Bedürfnis vorhanden, noch eine Weile weitergehen. Die Gefahr, dass die Partei eines schönen Tages eine Nomination in den Bundesrat aufzustellen hätte, ist gewiss nicht gross.

Der Parteitag hinterliess einen recht guten Eindruck, und es ist nur zu hoffen, dass er die Einleitung zu einem neuen Aufstieg nach den Krisenjahren und den innern Erschütterungen der Partei sein möge.



Aus andern Organisationen.

Christlich-nationaler Gewerkschaftsbund. Dem im «Gewerkschafter» erschienenen Jahresbericht des christlich-nationalen Gewerkschaftsbundes entnehmen wir die folgenden Angaben:

Die Einleitung bringt einen kurzen Ueberblick über die Wirtschaftslage und die Gestaltung des Arbeitsmarktes; es wird darauf hingewiesen, dass sich das Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr wieder den Verhältnissen der Vorkriegszeit näherte, was zusammen mit dem Rückgang der Arbeitslosenziffern auf eine Besserung der Wirtschaftslage schliessen lasse. Die Kosten der Lebenshaltung hätten sich gegenüber dem Vorjahr um rund 100 Fr. erhöht; trotzdem habe leider die Interesslosigkeit der Arbeiterschaft gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation eher noch zugenommen. Die Gesamtzahl der angeschlossenen Mitglieder ist gegenüber dem Vorjahr um 1445, von 12,475 auf 11,030 zurückgegangen. Den stärksten Rückgang weisen die Verbände der Metallarbeiter und Textilarbeiter auf, die zusammen 1379 Mitglieder verloren haben. Die männlichen Mitglieder haben um 518, die weiblichen um 927 abgenommen. Demnach haben die christlich-nationalen Gewerkschaften im Berichtsjahre um 11,58 Prozent abgenommen.

Die dem christlich-nationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände haben im Berichtsjahre insgesamt Unterstützungen in der Summe von 125,839 Fr. (gegenüber 246,298 Fr. im Vorjahre) ausbezahlt. Davon entfallen auf Arbeitslosen-, Reise- und Umzugsunterstützung 85,517 Fr. (219,071 Fr.), auf Kranken- und Sterbeunterstützung 8154 Fr. (2176 Fr.), auf Streik- und Massregelungsunterstützung 21,600 Fr. (19,215 Fr.) und auf Rechtsschutz und sonstige Unterstützungen 10,568 Franken (5837 Fr.). Das Gesamtvermögen aller angeschlossenen Verbände belief sich bei Jahresschluss auf 357,245 Fr.

Im Anschluss an die Berichterstattung über die Unterstützungsinstitutionen wird ein kurzgefasster Ueberblick über Bestand und Entwicklung der angeschlossenen Verbände gegeben. Des weitern wird über die Stellung zu den verschiedenen wirtschaftspolitischen Tagesfragen berichtet, über die Massnahmen zur Förderung der Bewegung, über die Institutionen der Zentralorganisationen (Unterstützungskasse, Altersver-